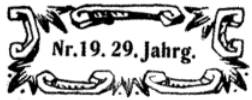


GRAPHISCHE PRESSE



ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,26 Mk.

Redaktion: Paul Lange, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 ¹¹¹
Verlag: Otto Siller, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz, Augustastr. 8-9 — Redaktionsschlaf: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Es gibt keine Krüppel mehr? Rundschau. — **Allgemeines:** Zur Regelung des Arbeitsnachweises im Deutschen Reiche. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. Anzeigen.

Bekanntmachungen.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

An die Mitglieder der Tarifgemeinschaft der Chemigraphen und Kupferdrucker!

Aus den Kreisen der Gehilfenschaft ist unter Begründung auf die Verteuerung aller Lebensmittel die Bitte an das Tarifamt gerichtet worden, sich mit der Gewährung einer Teuerungszulage zu befassen.

Das Tarifamt hat sich in kollegialer Weise der Eingaben angenommen und den Bund der Chemigraphischen Anstalten ersucht den Wünschen der Gehilfenschaft entgegen zu kommen.

Den Mitgliedern bringen wir zur Kenntnis, daß der Vorstand des Bundes sich des gemeinsamen Wunsches des Tarifamtes in dankenswerter Weise angenommen hat, wie aus folgender an die Mitglieder des Bundes gerichteten Bitte hervorgeht:

Das jederzeit bewährte soziale Empfinden der Arbeitgeber im chemigraphischen Gewerbe läßt angesichts der außerordentlichen Teuerungsverhältnisse die schwere Lage der Arbeitnehmer als berechtigte Ursache zu Klagen erscheinen. Trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten, unter denen auch die Arbeitgeber schwer zu leiden haben und ihre Betriebe im Interesse des ganzen Gewerbes weiterzuführen gezwungen sind, glaubt der Vorstand sich den vorgebrachten Klagen nicht verschließen zu dürfen und empfiehlt den Mitgliedern die Gewährung einer monatlichen Kriegsteuerzulage, die mit Beendigung des Kriegszustandes selbstverständlich wieder in Wegfall kommt. Es wird empfohlen, die Zulage jeweils am Ende des Monats oder an dem unmittelbar darauffolgenden Zahltag bis zu einer Höhe von 5 Mk. für Gehilfen und bis zu 3 Mk. für Hilfsarbeiter mit Wirkung vom 15. April 1916, auszuzahlen. Lohnsteigerungen oder Zulagen, die mit Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse bereits seit dem 1. Januar 1916 gewährt worden sind, sind auf diese Zulagen in Anrechnung zu bringen.

Der Vorstand richtet diese Bitte an alle Mitglieder in der Erwartung, daß dieses Entgegenkommen in gebührender Weise von der Gehilfenschaft anerkannt werde und auch für die Zukunft zu einer Aufrechterhaltung und Verstärkung der bisherigen guten Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beitragen wird.

Wir können uns der Bitte des Bundes der Chemigraphischen Anstalten nur anschließen und bitten die tariffreien Anstalten, sich das Ersuchen des Bundesvorstandes zu eigen zu machen.

Den Herren Kreisvertretern empfehlen wir aber, sich der Regelung dieser Angelegenheit in kollegialer Weise anzunehmen, desgleichen wird auch das Tarifamt gern den Parteien zur Verfügung stehen.

Berlin, im April 1916.

Kommerzienrat A. Meisenbach, Prinzipalsvorsitzender.
Max Gragen, Gehilfenvorsitzender.
Richard Köhler, Geschäftsführer.

Es gibt keine Krüppel mehr?

Der Leierkastenmann, der durch den Krieg von 1870/71 geschaffen wurde, soll nach diesem Kriege nicht wiederkehren. Das ist ein Versprechen der Regierung, das sicherlich durchaus ernst gemeint ist. Die Riesenzahl der Kriegsbeschädigten, die dieser Krieg hervorgerufen hat, dürfte allerdings eine solche einfache Lösung der Fürsorge für die Kriegsoffer unmöglich machen. Sonst könnte es schließlich passieren, daß vor jedem Hause mehrere Drehorgel-Spieler zu gleicher Zeit spielen möchten. Freilich bieten die Fortschritte der chirurgischen Wissenschaft heute ganz andere Mittel, Verwundete wieder arbeitsfähig zu machen, als es ehemals der Fall war. Wer je Gelegenheit hatte, den Übungsraum eines mediko-orthopädischen Instituts zu sehen, der wird erstaunt sein über die Vielseitigkeit der zur Verwendung kommenden Apparate. Und viele prächtige Erfolge sind auf die Anwendung dieser Apparate zurückzuführen. Wohl in gleichem Maße ist die Technik in der Herstellung künstlicher Glieder erfolgreich gewesen. Auf alle diese Erfolge baut sich die begründete Hoffnung auf, den größten Teil der Kriegsbeschädigten wieder arbeitsverwendungsfähig zu machen.

Wir sagen absichtlich, den größten Teil! Denn so erfreulich und so dringend notwendig für die deutsche Industrie schon die Wiederherstellung der vielen Kriegsbeschädigten ist, darüber dürfen wir uns doch keiner Illusion hingeben, daß das hohe Ziel auch hier nur zum Teil erreicht werden kann. Leider wird eine, absolut gerednet, ziemlich erhebliche Zahl dieser Verletzten, trotz aller technischen und wissenschaftlichen Fortschritte, nur der gesellschaftlichen Fürsorge überlassen bleiben. Besonders dort, wo neben körperlichen Verletzungen eine Erschütterung des Nervensystems mit eingetreten ist. Darüber dürfte es bei allen einsichtigen und gewissenhaften Menschen ein Streiten nicht geben. Anders wird die Sache erst dann, wenn die tatsächlichen Verhältnisse mit einer gewissen scheinbaren Absicht allzu rosig hingestellt werden. Oder ist es nicht zu gewagt, wenn das »Jahrbuch des deutschen Kriegerbundes« einen Aufsatz bringt mit der Überschrift: »Es gibt keine Krüppel mehr«, und darauf den Beweis für diese Behauptung zu erbringen sucht? Den Beweis, den der Verfasser eben in den Fortschritten der Chirurgie, der Behandlung Kriegsbeschädigter und in dem Ersatz durch künstliche Glieder sieht. Gewiß ist es notwendig und anerkennenswert, in dem Kranken ständig die Hoffnung wach zu halten, daß ihm geholfen werden kann, daß er keineswegs ein lästiges Glied der Gesellschaft ist. Und doch müssen wir uns dagegen wehren, daß durch eine solche Darstellung das Gewissen der Mitmenschen eingeschläfert wird und sie in den Glauben verfallen, für die Kriegsbeschädigten braucht nicht mehr gesorgt zu werden.

Möge auch in der besten Weise für die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit dieser Kriegsverletzten Sorge getragen worden sein,

was mindestens in der ersten Kriegszeit aus erklärlichen Gründen kaum immer der Fall war, sie werden nur in seltenen Fällen in der Arbeitsleistung ihre gesunden Kollegen erreichen. Wenn in kinematographischen Darstellungen Personen vorgeführt werden, die mit künstlichen Gliedern wie mit natürlichen hantieren, so muß man dabei bedenken, daß es sich hier um günstige Ausnahmen handelt. Jeder auf diesem Gebiete tätige Arzt wird wissen, welche Schwierigkeiten für die Wiederherstellung die Charakterveranlagung des Verwundeten bedeutet. Wer schon vorher ein gewandter Turner, ein mutiger Draufgänger gewesen ist, wird auch im Gebrauch der künstlichen Glieder rasch eine sichere Gewandtheit erlangen. Dies ist ganz besonders bei künstlichen Beinen der Fall. Auch das Alter spielt dabei eine nicht unerhebliche Rolle. Mit den Beinen haben wir im allgemeinen nur wenige Tätigkeiten auszuführen. Sie dienen in erster Linie als Stütze und dann als Fortbewegungsinstrument. Durchaus anders und weniger günstig liegt es bei einem künstlichen Arm. Der gesunde Arm mit der Hand bildet das wunderbarste Handwerkszeug, ein Hilfsmittel, das sich durch keinen Kunstersatz in ähnlicher Weise wieder herstellen läßt. Wir geben gern zu, daß für bestimmte Tätigkeiten sich auch im Gebrauch künstlicher Arme und Hände eine fast ans Natürliche grenzende Geschicklichkeit denken läßt, aber der Besitzer des künstlichen Gliedes ist dann doch in weit höherem Maße an diese Tätigkeit gebunden als sein gesunder Kollege. Auf dem Arbeitsmarkt, beim Angebot von Arbeitskräften wird der Kriegsbeschädigte, gleichgültig welcher Art, den eigentlichen Nachteil seiner Beschädigung fühlen.

Die Zahl der absolut arbeitsunfähigen Kriegskrüppel wird wohl verhältnismäßig gering sein. Um so größer aber wird die Zahl der in ihrer Erwerbsfähigkeit teilweise Beschränkten sein. Für diese mit allen Kräften einzutreten, muß eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften werden. Schon durch ihre große Zahl verdienen sie die dauernde Beachtung ihrer Volksgenossen. Und darum wehren wir uns dagegen, daß in der öffentlichen Meinung, mit einer gewissen Geschäftigkeit der Glaube erweckt werden soll, als gäbe es keine Kriegsinvaliden mehr. Denn, ist einmal der Krieg vorbei, dann bringt die Zeit an sich schon eine merklige Abkühlung der Fürsorge für die Kriegsoffer mit sich. Die Arbeiter haben am wenigsten Interesse, einer solchen Einschläferung der Fürsorge das Wort zu reden. Wie die Gewerkschaften, und an ihrer Spitze die Generalkommission, auf diesem Gebiete mit anerkennenswertem Fleiße vorgegangen sind, so muß die ganze Nation sich dauernd bewußt bleiben, daß sie den Opfern dieses furchtbaren Krieges gegenüber die ernstesten Pflichten hat.

Rundschau.

Unser Verband am 1. April 1916. Unsere statistischen Erhebungen werden jetzt zweimal im Quartal vorgenommen, und zwar in der Mitte und am Ende des Vierteljahres. Die letzte Erhebung vom 1. April ergibt, daß am Schlusse des 20. Kriegsmontats von unserem Verband 9157 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Von diesen waren uns am 1. April 661 als gefallen, 283 als verwundet und 215 als dauernd vom Militär entlassen gemeldet. Der Mitgliederbestand betrug am 1. April noch 6094, gegenüber 6312 bei der letzten Zählung am 12. Februar, also wieder 218 weniger. Von den vorhandenen Mitgliedern stehen in voller Beschäftigung in und außer Beruf 5518, bei verkürzter Arbeitszeit arbeiten 378, arbeitslos sind 80 und 118 Mitglieder waren krank gemeldet.

Die Volksfürsorge im Kriegsjahre 1915. Die störenden Einwirkungen des Weltkriegs haben natürlich auch die Organisation der Volksfürsorge sehr hart betroffen. Sind doch seit Beginn des Krieges 458 Rechnungsführer zu den Waffen gerufen worden, für die nicht immer leicht Ersatz zu finden war. In 26 Verwaltungsstellen haben sich in dankenswerter Weise Frauen zur Übernahme der Geschäfte bereit erklärt. Es ist angesichts dieser Hemmungen ein ebenso hoch erfreulicher Beweis für den Eifer der Funktionäre der Volksfürsorge wie für das Zutrauen der Arbeiter zu derselben, daß im Jahre 1915 noch 10558 neue Versicherungsanträge zur Bearbeitung gebracht wurden und am Schlusse des Jahres 1915 noch über 170000 Versicherungen in Kraft waren. Die Tatsache, daß dieses Resultat in einer einjährigen Friedensarbeit und nach ein- und einhalbjähriger Kriegsdauer erreicht und erhalten werden konnte, bestätigt die Hoffnung, daß die Volksfürsorge ihren soliden Bestand über den Krieg hinaus erhalten wird, und eine gesunde Basis für einen raschen und glänzenden Aufbau in der kommenden Friedenszeit liefern wird.

Ein Jubiläum der deutschen Briefmarke. Der »Internationale Volkswirt« erinnert daran, daß demnächst zwei Dritteljahrhundert verflossen sein werden, seit Bayern als erster deutscher Staat die Briefmarke einführt. England war schon im Jahre 1840, Brasilien, Genf, Zürich 1843, Finnland, Basel 1845, Nordamerika 1846 und Rußland 1848 mit dieser Neuerung vorangegangen. Den Anstoß dazu gab in Bayern die Einführung eines neuen vereinfachten Briefposttarifs für den innerbayrischen Verkehr im Jahre 1849. Danach wurde die Taxe für die 1 Lot schweren (einfachen) Briefe für Orte innerhalb 12 Meilen Entfernung auf 3 Kreuzer, für alle anderen auf 6 Kreuzer festgesetzt, während Lokalbriefe 1 Kreuzer zu zahlen hatten. Durch diese Vereinheitlichung wurde die Einführung der Briefmarke, die an Stelle der früheren Barzahlung der Briefe trat, erleichtert.

Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Zur Regelung des Arbeitsnachweises im Deutschen Reiche.

Die organisierte Arbeiterschaft ist seit langem bemüht, eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises herbeizuführen. Auch wir haben in der »Graphischen Presse« in verschiedenen Artikeln hierzu Stellung genommen. Am 15. April hat nun die Generalkommission mit den übrigen Arbeiterorganisationen wieder eine Eingabe an den Bundesrat und Reichstag, die Regierungen und Landtage der Bundesstaaten gesandt. Diese ist ferner zur Kenntnisnahme an die Gewerkschaftskartelle gegangen und wird von den Organen der Gesellschaft für soziale Reform den Gemeindeverwaltungen zugestellt werden. Die Gewerkschaftskartelle sollen durch die von der Arbeiterschaft gewählten Gemeindevertreter auf die Magistrate dahin einwirken, daß diese die in der Eingabe gestellten Forderungen durchführen.

Pflicht unserer Kollegen in den Gewerkschaftskartellen ist es nun, daß sie ihrerseits diese wichtige Sache fördern und im Sinne der Eingabe zu wirken suchen.

Um Art und Begründung dieser Eingabe zur Kenntnis unserer Kollegen zu bringen, drucken wir diese nachstehend im Wortlaut ab:

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, der Verband der Deutschen Gewerksvereine, die Polnische Berufsvereinigung sowie das Büro für Sozialpolitik halten grundsätzlich an ihrer gemeinsamen Forderung einer reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises fest. Sie eradien diese nicht für ersetzbar durch ein Vorgehen der Landeszentralbehörden im Verwaltungswege.

Nachdem sich indessen die Reichsregierung und ihr folgend die Landesregierungen bis in die letzten Wochen hinein gegen eine reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises während des Krieges ausgesprochen haben, legen die genannten Körperschaften Wert darauf, daß im Verwaltungswege keine die später durchzusetzende reichsgesetzliche Regelung erschwere tiefgreifende einzelstaatliche Ungleichheit auf diesem Gebiete geschaffen wird. Auch wollen sie der Gefahr begegnen, daß die ganze verwaltungsmäßige Regelung an der Oberfläche bleibt, für die bevorstehenden schweren Aufgaben der Arbeitsvermittlung aber keinen wesentlichen Nutzen bringt. Daher erheben sie gemeinsam die folgenden Mindestforderungen an eine vorläufige Regelung des Arbeitsnachweises durch Zusammenwirken der Behörden mit den sozialen Selbstverwaltungskörpern und werden diese unbeschadet ihrer weitergehenden Wünsche öffentlich in den Vordergrund stellen.

I. Die Landeszentralbehörden der einzelnen Bundesstaaten sollen unvorzüglich dahin wirken, daß ein gemeindlicher Arbeitsnachweis für alle gewerblichen Orte, zumindest in den Gemeinden mit über 10000 Einwohnern errichtet wird. Die Landeszentralbehörden können nach Anhörung von Vertretern der Gemeinde, der Arbeitgeber und der Arbeiter von Fall zu Fall einen gemeindlich unterstützten Arbeitsnachweis als ausreichend erklären, falls dieser paritätisch verwaltet wird.

II. Dem gemeindlichen oder ihm nach I. gleichgestellten Arbeitsnachweis auf Grund des § 15 StVG. die Errichtung von Fachabteilungen für die wichtigsten Berufszweige und die Bildung besonderer Männer- und Frauenabteilungen nach Maßgabe des voraussichtlichen Geschäftsumfanges aufgegeben.

III. Dem gemeindlichen oder ihm gleichgestellten Arbeitsnachweis ist (im Aufsichtswege oder unter Zuhilfenahme der §§ 2 II 2 und 15 StVG.) die Errichtung eines paritätischen Verwaltungsausschusses aufzuerlegen.

IV. Dem paritätischen Verwaltungsausschuß liegt die Festsetzung der Vermittlungsgrundsätze, die Anstellung mit den Berufsverhältnissen vertrauter Arbeitsvermittler, die Entscheidung über Beschwerden gegen die Geschäftsführung des Nachweises und die Ausgestaltung des Nachweises ob.

V. Der gemeindliche Nachweis kann nach Verständigung mit den am Orte befindlichen anderen nichtgewerbsmäßigen Nachweisen die Aufgaben einer örtlichen Zentralauskunftsstelle übernehmen.

VI. Die höheren Verwaltungsbehörden sind anzuhalten, für größere Gebiete Zentralauskunftsstellen zu schaffen, nach Maßgabe der vom Reichsamt des Innern herbeigeführten Besprechung vom 30. April 1915 und des Preußischen Ministerialerlasses vom 21. Mai 1915 (Ausgleichstellen von Überschuß und Mangel auf dem Arbeitsmarkt auf Grund regelmäßiger Zusammenarbeit aller nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise). Den nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen ist durch die Wahl eines Beirates und Vorstandes, in dem alle Arbeitsnachweisgruppen gleichmäßig vertreten sind, entscheidender Einfluß auf die Geschäftsführung der Zentralauskunftsstelle zu gewähren.

VII. Für die Durchführung dieser Bestimmungen errichtet jeder Bundesstaat oder zu diesem Zwecke von mehreren Staaten begründete Verband eine Landeszentrale für Arbeitsvermittlung. Diese hat für die nichtgewerbsmäßigen Arbeits-

nachweise jede mögliche Erleichterung ihres Geschäftsverkehrs, besonders eine Verbilligung des zwischenörtlichen Verkehrs, und für die Arbeitsuchenden eine Verbilligung notwendiger Reisen zu veranlassen.

VIII. Die Landeszentralen haben der Reichszentrale der Arbeitsnachweise regelmäßig Bericht zu erstatten, um diese in den Stand zu setzen, durch Hinweise und Vorschläge ein einheitliches und wirksames Arbeiten der Arbeitsnachweise im ganzen Reiche herbeizuführen.

Die fünf oben genannten Körperschaften halten eine Regelung der Arbeitsvermittlung in der bezeichneten Weise für um so notwendiger, als die Überleitung der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand das Arbeitsnachweises vor ganz neue und besonders geartete Aufgaben stellen wird, die nur durch ein Zusammenarbeiten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sowie der militärischen Stellen untereinander und mit den Organen der Arbeitgeber- und der Arbeiterschaft gelöst werden können.

- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschl.
C. Legien, M. d. R.
Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
M. Schiffer, M. d. R.
Verband der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.)
G. Hartmann.
Polnische Berufsvereinigung.
A. Gwidzek.
Büro für Sozialpolitik.
Prof. Dr. E. Franke.

Die Gesellschaft für Soziale Reform tritt den Grundgedanken und Zielen der vorstehenden Forderungen der genannten Organisationen bei und spricht die dringende Erwartung aus, daß vor Beendigung des Krieges der Arbeitsnachweis so gerüstet dastehe, daß er allen Ansprüchen gerecht werden kann.

Gesellschaft für Soziale Reform.
Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch.

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Überzeugung und Partei. Unter diesem Titel gibt Genosse Karl Kautsky die Sammlung einer Anzahl Artikel heraus, die vor einigen Wochen in der Neuen Zeit, der wissenschaftlichen Wochenschrift der sozialdemokratischen Partei, erschienen waren. Sie beschäftigten sich mit der Frage, die zurzeit die Partei am meisten beschäftigt: ob die Minderheit der Reichstagsfraktion berechtigt war, sich bei der Abstimmung über die Kriegskredite am 21. Dezember von der Mehrheit zu trennen und eine besondere Erklärung abzugeben. Kautsky hatte das selbständige Auftreten der Minderheit im Reichstag für unvermeidlich gehalten und diese Auffassung in zwei Artikeln begründet. Ihr waren Hans Markwald und Otto Braun entgegengetreten, ohne daß sich Kautsky für widerlegt erachtet hätte, und auch im Vorwort zu dieser Schrift sagt er, daß selbst dem Erscheinen der Artikel nichts vorgekommen sei, was ihn in seiner Überzeugung hätte erschüttern können, wohl aber manches, was sie befestigt und bekräftigt habe.

Die Schrift ist im Verlage der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft zum Preise von 30 Pfennigen erschienen. Sie sollte von jedem gelesen werden, der an den gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Partei interessiert ist, auch wenn er den Anschauungen des Verfassers nicht zustimmt.

Vier neue Broschüren der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. »Es lebe der Frieden!«. Von Philipp Scheidemann, M. d. R. Preis 75 Pfg., Vereinsausgabe 40 Pfg. »Für die Einheit der Partei«. Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Preis 60 Pfg., Vereinsausgabe 20 Pfg. »Sozialdemokratie und nationale Verteidigung«. Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Preis 75 Pfg., Vereinsausgabe 40 Pfg. »Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher« von Luise Zietz. Heft 1. der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek. Preis 50 Pfg.

Stellenangebote
Wir suchen einen tüchtigen
Reproduktions-Photographen
für Strich und Auto, ferner noch einige
Auto-Ätzer.
Kriegsbeschädigte, sowie dauernd Gar-
nisondienstfähige reklamieren wir.
Hiekel & Co.,
Chemigraphische Kunstanstalt,
Leipzig-Schönefeld.

Verschiedenes
Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekt frei. Kunstgewerbeschule
Barmen
Fachliteratur.
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkeuditz.

„Harmalein“. Vorzüglicher weiß-Trocken-
stoff in Paste, kein Herunterwischen
der Farben mehr. Auch beim Chromo-
und Buntdruck verwendbar, da jede
Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 4.—.
„Matt-Lack“. Bester Farben-
schutz-zusatz gegen
Kleben, Hart-, Blankwerden und Auf-
reißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe.
Preis Kilo Mk. 4.50, bei 10 Kilo Mk. 4.—.
„Bronsol“. Gibt feststehende
glatte Bronze,
auch bei losen, ungeeigneten Papieren.
Preis Kilo Mk. 6.—. **Gegen Nach-
nahme.** Kunden erhalten neuestes
Tonschutzrezept gratis, F. Hantke,
Hamburg 22, Heinskamp 6. [300]

**Wischwalzen-
Schläuche**
ohne Naht für Steindruck-Schnell-
Pressen liefert
Edm. Behnisch, Ludenwalde
Vertreter an allen größeren Plätzen.
la Zeugnisse.
Roulett, Fadenstichel
Fräser u.s.w. in bester Aus-
führung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König
Berlin SO, Manteuffelstr. 31.